

Betriebsrentner beklagen Abzocke

Plochingen: Direktversicherungsgeschädigte gründen Regionalgruppe – Bisher 70 Mitglieder

Von Peter Dietrich

Es ist für viele ein Schock beim Eintritt in die Rente: Wer gehofft hatte, fürs Alter finanziell gut vorgesorgt zu haben, dem hat die Bundesregierung vor 16 Jahren klammheimlich die Freude genommen. Denn von der Auszahlung einer betrieblichen Altersvorsorge fällt seither ein knappes Fünftel für die Kranken- und Pflegeversicherung weg.

Das bittere Loch in der Altersvorsorge haben Hans-Jürgen Butschler aus Reichenbach, Werner Eppinger aus Plochingen, Michael Rahnefeld aus Geislingen und Silver Vogel aus Aichwald längst zu spüren bekommen. Sie alle ärgern sich, dass die Politik ihre Versprechungen beim Thema „betriebliche Altersvorsorge“ – auch Direktversicherungen genannt – gebrochen habe. Sie alle engagieren sich deshalb in der neuen Regionalgruppe Alb-Fils-Neckar-Rems des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten (DVG). Zum ersten Treffen in Plochingen kamen 20 Teilnehmer, bisher zählt die Regionalgruppe rund 70 Mitglieder. Bundesweit haben sich dem 2015 gegründeten DVG-Verein 3500 Betroffene angeschlossen.

Die Sache ist etwas kompliziert und mit politischen Nebelkerzen verschleiert – so wie die Gesetzesänderung kurz vor Weihnachten 2003 einer Nacht- und Nebelaktion glich. So mancher merkt die Auswirkungen erst, wenn er in Rente geht und die Abzüge sieht. „Die Leute verstehen das nicht“, sagt Rahnefeld. Der Beschluss, den damals kaum einer der Versicherten mitbekommen hatte, gilt rückwirkend, also auch für lange vor 2004 über den Arbeitgeber abgeschlossene Kapital-Lebensversicherungen. Es gehe um viel mehr als um Peanuts, sagt Eppinger, der ab 1982 in seine „Kapitallebensversicherung über den Chef“ eingezahlt hat. Er zahlt also für die Beiträge von 22 Jahren doppelt.

2004 wurden zwar die Beiträge für die Direktversicherungen innerhalb gewisser Freigrenzen – 2019 waren das 268 Euro im Monat – sozialversicherungsfrei, steuerfrei war bei dieser Entgeltumwandlung sogar der doppelte Betrag. Aber die Befreiung galt nicht rückwirkend. Im Steuer-gesetz ist es nicht möglich eine neue Regelung rückwirkend in Kraft zu setzen, wohl aber bei der Sozialversicherung. Die Gründer der Regionalgruppe sprechen von einem Skandal, sie fühlen sich „abgezockt“. Dass die Befreiung von der Sozialversicherung mit der Entgeltumwandlung quasi vorverlegt wurde, hat unangenehme Nebenwirkungen: Weniger Beiträge bedeuten weniger gesetzliche Rentenansprüche, weniger Krankengeld und we-



Werner Eppinger, Michael Rahnefeld, Silver Vogel und Hans-Jürgen Butschler (von links) wehren sich gegen hohe Abzüge von ihren Betriebsrenten. Foto: Peter Dietrich

niger Arbeitslosengeld. Seine Verluste bei der gesetzlichen Rente überschlägt Silver Vogel mit 6000 Euro. Die geringere Rente gilt auch für Leute, die selbst gar keine betriebliche Altersvorsorge haben – weil die durchschnittlichen Rentenbeiträge der Anderen sinken.

Momentan werden sechs Millionen Betriebsrentner für ihre private Altersvorsorge zu den vollen Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung herangezogen, sie bezahlen also den Arbeitgeberanteil mit. Dafür hat sich während der Einzahlungsphase ihr Arbeitgeber seinen Anteil gespart, eine versteckte Umschichtung. Nur wer privat versichert ist, wird von den vollen Beiträgen verschont. Der Hintergrund für den Griff in die private Altersvorsorge ist kein Geheimnis: Das marode Krankenversicherungssystem brauchte dringend neues Kapital, so beschloss die rot-grüne Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU – nur die FDP und die damalige PDS stimmten dagegen – das GKV-Modernisierungsgesetz. Es trat zum 1. Januar 2004 in Kraft, ohne Übergangsfristen. Der volle Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeitrag auf Betriebsrenten und Direktversicherungen wurde fortan jenseits einer

Freigrenze ab dem ersten Euro fällig. Ende 2019 hat sich die Politik der „Doppelverbeitragung“ angenommen, aus der Freigrenze ist ab 2020 ein Freibetrag von monatlich 159,25 Euro geworden. Wer mehr bekommt, zahlt den vollen Krankenversicherungsbeitrag nur noch für die übersteigende Summe. Bei der Pflegeversicherung bleibt alles am alten, der volle Beitrag gilt weiterhin ab dem ersten Euro.

Bekommt jemand eine hohe Einmalzahlung, wird diese wie bisher auf zehn

Ein Verzicht auf die Doppelbeiträge würde 40 Milliarden Euro kosten und wäre nicht finanzierbar, sagt Markus Grübel (CDU).

Jahre umgerechnet. „Das ist nur eine kosmetische Änderung, die jüngst von Politikern und Medien bejubelt wurde“, sagt Vogel zur Entlastung um bis zu 25 Euro im Monat. Die Regionalgruppe verweist auf eine Beispielrechnung in der SWR-Fernsehungung „Marktcheck“: Durch die auf eine Einmalzahlung von 53 000 Euro fälligen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge kam dort ein Versicherungsexperte auf eine Rendite von lediglich einem Prozent. Eine Lösung, welche die Doppel-

verbeitragung komplett beendet und ausgleicht würde, so argumentierte der Esslinger CDU-Bundestagsabgeordnete Markus Grübel in einem Antwortschreiben an ein DVG-Mitglied, einmalig rund 40 Milliarden Euro kosten und sei „nicht finanzierbar“. Zum Ausgleich der dauerhaften Ausfälle sei dann bei der Krankenversicherung eine Erhöhung des Beitragssatzes um etwa 0,2 Prozentpunkte nötig.

Vogel zieht ein Blatt aus seinen Akten, auf dem er einstige Versprechungen der Politiker gesammelt hat. Es wurde ihm versprochen, im Alter „eine verlässliche Säule für den Erhalt des Lebensstandards“ zu haben, er könne „als Rentner von niedrigen Steuern und Abgaben profitieren“. Er empfindet diese Versprechen als blanken Hohn. Er und die anderen Mitglieder des Vereins wollen die Politiker noch oft an ihre Versprechen von damals erinnern: Für sie ist das letzte Wort in dieser Sache noch lange nicht gesprochen.

► Das nächste Treffen der Regionalgruppe findet am Freitag, 31. Januar, um 19 Uhr in der Brauereigaststätte Waldhorn in Plochingen statt. Weitere Infos gibt es unter dvg-ev.org

30-Jähriger bei Arbeitsunfall tödlich verunglückt

Wendlingen/Altbach - Ein 30-jähriger Lastwagenfahrer ist am Montag gegen 12.20 Uhr bei einem Arbeitsunfall in der Neuffenstraße tödlich verunglückt. Wie die Polizei berichtet, stand der Mann auf dem Sattelaufleger des Gespanns und lud zusammen mit einem 32 Jahre alten Gabelstapler-Fahrer einer nahe gelegenen Firma mehrere Pakete mit Rundstahlröhren ab. Den bisherigen Ermittlungen zufolge rutschte ein Paket von der Ladefläche und traf den 30-Jährigen an den Beinen. Der Mann verlor daraufhin den Halt und stürzte auf die Straße. Dabei zog er sich so schwere Verletzungen zu, dass er trotz sofortiger Reanimation und notärztlicher Erstversorgung am Unfallort starb. Zur weiteren Klärung des Unfallhergangs ordnete die Staatsanwaltschaft Stuttgart die Erstellung eines Sachverständigengutachtens an. Der Fahrer des Gabelstaplers musste psychologisch betreut werden.

Mit schweren Verletzungen ist ein 39 Jahre alter Arbeiter am Dienstagmittag mit dem Rettungshubschrauber in ein Krankenhaus geflogen worden. Der Mann arbeitete in Altbach auf einer Baustelle in der Teckstraße, aus noch ungeklärter Ursache stürzte er gegen 14.45 Uhr mehrere Meter tief in einen Aufzugsschacht. Die Spezialisten des Arbeitsbereichs Gewerbe und Umwelt des Polizeipräsidiums Reutlingen haben die Ermittlung aufgenommen, um den Unfallhergang zu klären. (red)

► Plochingen

Fluch oder Segen von Mobilfunk

Aufgrund der Hinweise über Gesundheitsgefahren durch den neuen Mobilfunk-Standard 5G fordert die ÖDP eine Aussetzung des Infrastrukturaufbaus bis wissenschaftliche Studien die Gefahren eindeutig nachgewiesen oder widerlegt haben. Die Politik solle entsprechend wissenschaftlicher Ergebnisse handeln, müsse aber zunächst das Vorsorgeprinzip ernst nehmen. Über die Gefahren des Mobilfunks und speziell des 5G-Standards diskutieren Mitglieder des ÖDP-Kreisverbands Esslingen am Donnerstag, 23. Januar, ab 19.30 Uhr im Restaurant Zum Bären, Neckarstraße 12 in Plochingen. Niels Böhlting, Mitglied im Leitungsteam des Kreisverbands, hält einen Impulsvortrag zum Thema Insekten und Mobilfunk. Anschließend ist Raum für Fragen und Diskussion. (red)

► Deizisau

Dark Celtic Folk in der Zehntscheuer

Die Neuseeländerin Jordan Reyne gastiert am Freitag, 24. Januar, um 20 Uhr mit Dark Celtic Folk in der Zehntscheuer in der Zehntscheuer Deizisau. Sie wuchs in Neuseeland kurz vor der hintersten Ecke des Nirgendwo auf. Bereits in jungen Jahren zog sie nach Wellington, von wo aus sie eine Solokarriere als Sängerin und Gitarristin startete. Nachdem sie dreimal für den „New Zealand Music Award“ nominiert, und in Peter Jackson Filmtrilogie „Herr der Ringe“ als Gastmusikerin engagiert war, wanderte sie 2006 nach Europa aus, wo sie bis heute lebt und arbeitet.

Jordan Reynes Musik ist stark geprägt von den Harmonien und Themen alter keltischer Musik, die europäische Einwanderer nach Neuseeland brachten. In ihren Songs verarbeitet sie gesellschaftskritischen und auch häufig historische Themen wie die Geschichte einer englischen Arbeiterfamilie, die sie auf ihrem Weg durch die Frühindustrialisierung begleitet. Mithilfe von Tonaufnahmen von Maschinen- und Umweltgeräuschen, die sie als rhythmische Untermauerung für ihre Songs einsetzt, schafft sie Atmosphäre und malt auf diese Weise mit ihrer Gitarre, ihren Loopmaschinen und ihrer Stimme in ihren Liveshows Klangwelten zwischen Folk, Gothic und Acappella. (red)

► Karten zu 9 Euro gibt es in der Zehntscheuer Deizisau, Telefon 071 53 / 70 13 70, E-Mail: info@zehntscheuer-deizisau.de oder online über www.zehntscheuer-deizisau.de

Zweite Tür für den Brandschutz in der Mörikeschule

Köngen: Schutzmaßnahmen am Schulgebäude kosten 282 518 Euro – Windfang im Erdgeschoss des Neubaus

Von Elisabeth Maier

Mit einem Windfang und einer zweiten Tür, die sich im Brandfall selbstständig schließt, wird der Brandschutz für die Mörikeschule in Köngen realisiert. Durch diese Lösung wird der Engpass im Erdgeschoss behoben, der durch die ursprünglich geplante Lösung entstanden wäre. Diesem neuen Vorschlag der Architekten stimmten die Gemeinderäte in ihrer jüngsten Sitzung zu.

Um die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Lehrer optimal zu gewährleisten, hat ein Brandschutzsachverständiger das Schulgebäude genau unter die Lupe genommen und zusätzliche bauliche Veränderungen vorgeschla-

gen. Carina Hohlfeld-Buck vom Kögener Ortsbauamt skizzierte in der Vorlage kurz die Pläne für den Brandschutz in der Grundschule. Durch die Einhausung lässt sich die Großzügigkeit im Eingangsbereich der Schule erhalten. Die Brand-schutztür würde nach ihren Worten „keine Behinderung im Schulalltag darstellen, weil sie nur im Brandfall schließt.“ Diese Variante habe auch die Schulleitung für gut und praktikabel befunden.

Bedenken wegen Engpass

Gegen die Pläne, die Treppen am Hauptausgang der Schule im Neubau einzuhaus-sen, hatten einige Kommunalpolitiker Bedenken geäußert. So könnte aus ihrer Sicht ein Engpass entstehen. Als Alternati-

ve hatte Thomas Kuttler (Freie Wähler) vorgeschlagen, eine Außentreppe im Bereich des Haupteingangs anzubringen, über den Lehrer und Kinder dann im Fall eines Brandes flüchten könnten.

Diese Variante haben die Planer gemeinsam mit dem Sachverständigen für den Brandschutz geprüft. „Dadurch würde die Einhausung im Erdgeschoss entfallen“, so Hohlfeld-Buck. Im Obergeschoss und im Untergeschoss müssten die Treppen aber eingehaust bleiben – dort bräuchten die Türen dann aus Sicht der Experten sogar einen höheren Brandschutz als vorgesehen.

Außerdem sieht Ortsbaumeister Oliver Thieme Probleme mit der Statik. „Das Vordach vom Haupteingang ist höchstwahrscheinlich nicht so dimensioniert, dass es als Podest für die Treppenanlage genutzt werden kann, es müsste also mit einem Podest für die Treppe überbaut werden.“ Ob das funktionieren würde, müssten Gutachter klären, was zusätzliche Kosten verursacht. Außerdem müsste die Fassade an dieser Stelle geöffnet werden, um eine Fluchttüre einzubauen. Daher ist diese Variante aus der Sicht der Experten wenig praktikabel.

Mit der Lösung, eine zweite Tür und einen Windfang einzubauen, ist auch Thomas Kuttler einverstanden. So ist aus seiner Sicht der Fluchtweg optimal gelöst. Der Windfang mit Rauchschutztür und die anderen Brandschutzmaßnahmen kosten die Gemeinde 282 518 Euro.

Tai Chi und Eurythmie-Therapie gegen Sturzrisiko

Filderstadt: Filderklinik beteiligt sich an Studie des Universitätsklinikums Freiburg – 550 Teilnehmer gesucht

Jeder dritte ältere Mensch stürzt einmal im Jahr. Das Sturzrisiko erhöht sich, wenn Menschen an chronischen Erkrankungen leiden. Bewegung und körperliche Fitness beugen vielen Erkrankungen vor und erleichtern den Umgang mit ihnen. In einer bundesweiten Studie wird am Arcim-Institute an der Filderklinik unter Leitung des Universitätsklinikums Freiburg erforscht, ob Bewegungstherapien wie Tai Chi oder Eurythmie-Therapie das Sturzrisiko senken können.

Für diese Entaier-Studie (Multizentrische, randomisierte, kontrollierte klinische Studie zur Untersuchung der Wirk-

samkeit und Sicherheit von Tai Chi und Eurythmie-Therapie bei älteren Menschen mit chronischen Erkrankungen und einem erhöhten Sturzrisiko) werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer ab 65 Jahren mit mindestens einer chronischen Krankheit gesucht, die in ihren Bewegungen unsicher sind. Sie erhalten ein halbes Jahr lang Tai Chi, Eurythmie-Therapie oder die übliche Regelversorgung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert diese Studie für vier Jahre mit rund zwei Millionen Euro.

„Eine wirksame Sturzprävention hebt die Lebensqualität und senkt die Kosten

aufgrund gesundheitlicher Folgen enorm“, sagt Studienleiterin Gunver Kienele, Ärztin am Zentrum für Naturheilkunde des Universitätsklinikums. „Wenn die Betroffenen wieder Sicherheit in der Bewegung verspüren, dürften sie auch weniger Angst vor Stürzen haben und sich selbstständiger im Alltag bewegen. Das wäre eine deutliche Entlastung.“

Die Studie untersucht, ob die Übungen einen Einfluss auf Balance, Mobilität und das Risiko zu stürzen haben. Ferner wird analysiert, wie sich die Übungen auf die gesundheitsbedingte Lebensqualität, die Stimmung und die Kognition auswirken.

Die Teilnehmenden müssen bereit sein, während der Studien regelmäßig zu den Therapiestunden zu kommen und zu Hause zu üben. Sie werden monatlich telefonisch befragt und bei einer Eingangsuntersuchung und drei weiteren Terminen im Studienzentrum untersucht. Sie sollten selbstständig zum Studienzentrum und gegebenenfalls zu den Therapiestunden kommen können. Die Teilnahme ist freiwillig und kostenlos. (red)

► Weitere Informationen gibt es unter www.uniklinik-freiburg.de/entaier-studie.html oder Telefon 0711/ 7703-4278.